

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 14

Mittwoch, den 18. Januar 1933

Jahrgang 105

Lassen sich Reichstagsneuwahlen vermeiden? Ausschaltung des Reichstages bis zum Herbst? — Zusammenkunft Hitler-Hugenberg Die NSDAP. fordert die alleinige Verantwortung

Am 18. Jan. Adolf Hitler ist am Dienstagabend in Berlin eingetroffen. Entgegen anderslautenden Behauptungen wird er von sich aus keine Unterredung mit dem Reichskanzler von Schleicher herbeiführen. Gestern Abend fand eine längere Unterredung zwischen Hitler und dem Führer der NSDAP., Geheimrat Hugenberg, statt. Ueber die Tatsache der Unterredung hinaus werden von beiden Seiten keine Mitteilungen gemacht. Die Unterredung war schon seit längerer Zeit vereinbart, jedoch wegen der Wahlen in Lippe hinausgeschoben worden. Sie fand daher unabhängig von den Verhandlungen statt, die seit einer Reihe von Tagen der Reichskanzler v. Schleicher mit dem doppelten Ziele einer Klärung der parlamentarischen Lage und einer Umbildung der Reichsregierung führt.

Gerade was diese Bemühungen des Reichskanzlers angeht, so sind ihre Aussichten eigentlich schon durch die Tatsache hinreichend gekennzeichnet, daß Adolf Hitler von sich aus nicht die Initiative zu einer Besprechung mit dem General von Schleicher zu ergreifen gewillt ist, aber auch der Reichskanzler höchstwahrscheinlich nicht an Adolf Hitler herantreten wird. Mutmaßlich wird Goering als Reichstagspräsident die Fühlung mit dem Reichskanzler aufnehmen. Im übrigen sind alle nationalsozialistischen Neuheiten der letzten Zeit unverändert auf die Forderung abgestellt, daß der NSDAP, also Adolf Hitler, die Regierungsführung und Regierungsverantwortung überlassen werden müsse. Unter diesen Umständen kann es nur auf ein Siegen oder Brechen zwischen der NSDAP einerseits und der Regierung bzw. dem Reichspräsidenten andererseits kommen. Die Haltung des Zentrums ist in dieser Frage noch immer nicht ganz eindeutig, wenn auch die „Germania“ feststellt, in politischen Kreisen gewinne die Auffassung immer mehr an Boden, daß das Ergebnis dieser Lage nicht Verständigung, sondern Kampf sein werde. Gleichzeitig unterstreicht eine offiziöse Zentrumsauslassung, daß Zentrum und BVP stets unter ganz sicheren Voraussetzungen für eine Verständigung eintraten und weiter eintreten, denn sie müßten es ablehnen, daß wegen einseitiger parteipolitischer Machtbestrebungen, die offensichtlich bei den Nationalsozialisten noch immer vorhanden seien, die ruhige Wirtschaftsführung erneut gestört werde und sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die gerade jetzt fühlbare Entlastung aufweise, wiederum verschlechtere. In der gleichen Einleitung eine Auslassung des Blattes der Christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“, das unter der Überschrift „Bitte keine Neuwahlen!“ u. a. erklärt: „Das Volk würde in einer

Reichstagswahl nicht einen Weg zur „Rettung“, sondern eher eine parteipolitische Verantw. sehen. Die Bekämpfung des Hungers ist notwendiger als ein Kampf um Parteigrundsätze. An dieser Aufgabe muß auch die Regierung ihren guten Willen, ihre Kraft, wenn man will, ihre Kunst erproben. Den geduldig leidenden Millionen darf nicht mehr zugemutet werden als sie tragen können. Noch ist es Zeit.“

In politischen Kreisen glaubt man, diese Auslassungen dahin bewerten zu sollen, daß zwar auch von Seiten des Zentrums eine Verständigung auf parlamentarischem Boden hartnäckig erstrebt, die Möglichkeit einer solchen Verständigung aber schon heute als erschöpft angesehen wird, und daß daher nichts anderes übrig bleibt, als die Alternative: Entweder erfüllt der Reichspräsident im Gegensatz zum 19. August und zum November vorigen Jahres Hitlers Forderung auf Übernahme der Regierung oder er scheidet von sich aus der Reichsregierung, die inzwischen umzubilden wäre, die Möglichkeit einer vom Parlament unabhängigen Arbeit auf längere Zeit, wobei der Reichstag, falls er dem nicht zustimmen sollte, aufgelöst und die Neuwahlen bis etwa zum Herbst hinausgeschoben würden. Jedenfalls scheinen alle bisher gepflogenen Verhandlungen über einen festen Regierungskurs auf längere Sicht nur immer in diese Alternative zu münden.

Die Empfänge beim Reichskanzler
Wie von unterrichteter Stelle verlautet, lagen am Dienstagabend Anmeldungen von Parteiführern beim Reichskanzler noch nicht vor. Eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Prälaten Leicht von der BVP, dürfte erfolgen, sobald Leicht gelegentlich einer der nächsten Sitzungen von Reichstagsausschüssen oder des Plenums in Berlin ist. Eine Unterredung mit sozialdemokratischen Führern im Zuge der bisher geführten Verhandlungen des Reichskanzlers ist nicht vorgeesehen.

Unter der Überschrift: „Zachsende Konfliktstimmung“ schreibt der „Völkische Beobachter“: Es fehlt dem Reichskanzler jede Basis zu erfolgreichen Verhandlungen, die deshalb so lange scheitern müssen, bis er endlich zugibt, daß ohne den Nationalsozialismus nicht zu regieren ist. Aber nicht dadurch, daß man mit ihm dieses brüchige Kabinett „untermaniert“, sondern dadurch, daß man ihm die alleinige Verantwortung überträgt. Nur dieses Ingegendnis wäre die Grundlage für eine Verständigung ohne Auflösung des Reichstags und ohne Neuwahlen.

3,5 Milliarden für Sozialversicherung Ungünstige Entwicklung und Fehlbeträge in allen Versicherungszweigen

Am 18. Jan. Das Reichsversicherungsamt gibt soeben die von ihm bearbeitete Statistik der Sozialversicherung 1931 mit einem Blick auf das Jahr 1932 heraus. Die Beitragseinnahmen der Träger der Sozialversicherung, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, beliefen sich im Jahre 1931 auf drei Milliarden RM. Einschließlich der Vermögenserträge und der sonstigen Einnahmen ergab sich eine Gesamteinnahme von 3,4 Milliarden RM. Die Gesamtausgabe stellte sich auf 3,5 Milliarden RM, wovon 3,2 Milliarden RM. auf die Pflicht- und freiwilligen Leistungen entfielen; das sind 91 Prozent aller Ausgaben oder 107 Prozent der Beitragseinnahmen.

Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um 41 Millionen RM. Von dem Vermögen Ende 1931 mit 4,59 Milliarden RM. entfielen 2 Fünftel auf die Angestelltenversicherung, 1 Drittel auf die Invalidenversicherung und nicht ganz 1 Fünftel auf die Krankenversicherung. Der Anteil der Invalidenversicherung ist weiter gefallen. Ein Einnahmeüberschuss war nur noch in der Angestelltenversicherung zu verzeichnen.

In der Krankenversicherung wurden insgesamt 1,43 Milliarden RM. vereinnahmt und 1,59 Milliarden RM. — davon 1,25 Milliarden für Pflicht- und freiwillige Leistungen — verausgabt.

Die Invalidenversicherung vereinnahmte 924 Mill. RM. (davon 819 Mill. an Beiträgen) und verausgabte 1109 Mill. RM. — davon 1039 Mill. für Pflicht- und freiwillige Leistungen. Bei dem sich daraus ergebenden Fehlbetrag von 185 Millionen RM. ist zu beachten, daß das Reich für rund 410 Mill. in diesem Zweige, Reichszuschuß und Reichsbeitrag, sowie Fürsorgeleistungen Lasten trägt, die in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Versicherungs-träger nicht erscheinen.

In der knappschaftlichen Pensionsversicherung der Arbeiter überstiegen die Ausgaben mit 189 Millionen RM. die Einnahmen mit 169 Mill. RM. und bei der knappschaftlichen Pensionsversicherung der Angestellten waren die Ausgaben mit 36 Mill. RM. ebenfalls höher als die Einnahmen mit 32 Millionen RM.

In der Angestelltenversicherung belief sich die Einnahme auf 480 Millionen RM., darunter 343 Mill. RM. Beiträge, die Ausgabe auf 220 Mill. RM., darunter 206 Mill. RM. Leistungen.

Die Arbeitslosenversicherung einschließlic der Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit — ohne Krisenunterstützung — wies auf der Einnahmeseite 1411 Millionen Reichsmark — darunter 1173 Mill. aus Beiträgen — und auf der Ausgabenseite 1531 Millionen Reichsmark — darunter 1407 Mill. RM. für die Leistungen —, die zu Lasten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gehen, nach. Der Beitragsjah war das ganze Jahr 1931 hindurch 6,5 Prozent, die Leistungen mußten jedoch gegen Ende des Jahres eingeschränkt werden.

Das Jahr 1932 brachte eine Fortsetzung der ungünstigen Entwicklung. Die Beitragseinnahmen waren in allen Zweigen weiter rückläufig, aber auch die Ausgaben haben sich im Jahre 1932 erheblich verringert. Auf dem Gebiet der Krankenversicherung war dies eine Folge der Vorschriften der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, die mit dem 1. Januar 1932 beziehungsweise 1. Februar 1932 in Kraft traten. Eine natürliche Minderung ist ferner durch die mit der niedrigen Krankenziffer zusammenhängende geringere Inanspruchnahme der Krankenversicherung zu erwarten. Die Einnahmen werden infolge der ungünstigen Wirtschaftslage noch unter dem Rechnungsergebnis des Jahres 1931 liegen.

Tages-Spiegel

Die innerpolitische Lage hat noch immer keine Klärung erfahren, doch sind die Verständigungsaussichten weiterhin gesunken. Hitler hatte gestern eine Unterredung mit Hugenberg.

Das Reichskabinett beschloß, weitere 50 Millionen für Hausreparaturen und Teilung von Neubauwohnungen bereitzustellen.

Der von der Regierung angekündigte Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft soll noch heute in Kraft gesetzt werden.

In Frankreich ist ein Rassenkontrollauschuß gebildet worden, der Verhaltensmaßregeln für die französische Abordnung auf der Abrüstungskonferenz zum Zweck einer Neuregelung der Abmachungen über Waffenherstellung und Waffenhandel ansarbeiten soll.

Zwischen Rußland und Japan fand ein neuer Notenwechsel über den Abschluß eines Nichtangriffspakts statt; es soll vorerst ein russisch-mandschurischer Grenzschutz gebildet werden.

In Hjerlohn kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Während ein Nationalsozialist durch einen Schuß in den Rücken lebensgefährlich verletzt wurde, erlitten drei Kommunisten Stichverletzungen.

In der Unfallversicherung können die gesamten Ausgaben auf 340 Millionen RM. geschätzt werden. Die rückläufige Bewegung der Unfallzahlen hat sich im Jahre 1932 fortgesetzt, wodurch alle Ausgabengruppen, insbesondere die Aufwendungen für Krankenbehandlung und die Rentenleistungen beeinflusst werden. Der am Ende des Jahres 1931 eingetretene Wegfall zahlreicher kleiner Renten hat sich im Jahre 1932 erstmalig in voller Höhe ausgewirkt. Eine Entlastung durch Verminderung der Ausgaben wird sich für die Genossenschaftsmitglieder nicht in vollem Umfange fühlbar machen, weil die Lohnsummen auch in erheblichem Umfange weiter zurückgegangen sind.

In der Invalidenversicherung werden die Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 und 14. Juni 1932 auf der Leistungseite Entlastungen bringen. Da aber die Beiträge weiter rückgängig sind, wird auch im Jahre 1932 noch ein erheblicher Fehlbetrag zu verzeichnen sein. Die Einnahmen können auf 715 Millionen RM. — darunter 640 Millionen RM. Beiträge — geschätzt werden. Die Ausgaben werden sich voraussichtlich auf 904 Millionen RM. — darunter 792 Millionen RM. für Pflicht- und freiwillige Leistungen — stellen.

In der Angestelltenversicherung erreichen die Einnahmen 447 Millionen RM. — darunter 285 Millionen Reichsmark Beiträge —, die Ausgaben 263 Millionen RM. Auch in diesem Zweige brachten die Notverordnungen Leistungsminderungen.

Die Beratungen des Reichskabinetts

Bereitschaft der Steuererhebung — Hausreparaturen — Siedlungspolitik

Das Reichskabinett tagte gestern bis in die späten Abendstunden hinein. Es befaßte sich zunächst eingehend mit finanztechnischen Fragen, wobei die Steuererhebungstechnik für das Haushaltsjahr 1933 eine besondere Rolle spielte. Die Absichten der Regierung gehen dahin, künftig eine einfachere Erhebungsweise anzuwenden. Im Verlauf der Sitzung wurden auch die weiteren Bürgschaften für Hausreparaturen, Wohnungsteilung usw. bewilligt. Einschließlich der seinerzeit bereits bewilligten 50 Millionen Reichsmark für ähnliche Zwecke beläuft sich der Gesamtbetrag für dieses Gebiet nunmehr auf rund 100 Millionen Reichsmark. Unter anderem dürften künftig auch Zuschüsse für die Teilung von Neubauwohnungen sowie für die Umwandlung von Geschäftsräumen in Wohnräume bewilligt werden.

In der Sitzung nahm alsdann die Siedlungspolitik einen breiteren Raum ein, wobei es sich u. a. darum gehandelt haben dürfte, die Siedlungspolitik dem System des Vollstreckungsschutzes anzupassen. Es darf nach wie vor als der entschiedene Wille des Kanzlers bezeichnet werden, die Siedlung tatkräftig durchzuführen. Die umfangreiche Tagesordnung der Kabinettsitzung am Dienstag dürfte sich ferner noch auf die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen erstreckt haben. Für heute ist keine Kabinettsitzung in Aussicht genommen.

Der Gründungstag des Deutschen Reiches

Von Oberst a. D. Immanuel.

Am 18. Januar 1871 wurde im alten Königsschloß Ludwigs XIV. zu Versailles die feierliche Ausrufung des neuen deutschen Kaiserreiches vollzogen. In dieser Weisestunde erhielt das Lebenswerk Bismarcks seine Krönung. Ja, es war Bismarcks eigenste Tat. Und doch hat der große Meister ebenso beschreiben wie klug bekannt: „Man muß dem Vaterlande nicht seine Neigungen und Wünsche aufdrängen; man soll ihm nur dienen, aber es nicht zwingen.“ Darin lag die Grundlage der Bismarckschen Staatskunst, daß er die Sehnsucht des deutschen Volkes nach nationaler Einheit in die Tat übertrug und mit der deutschen Einheit die Macht und die Wohlthat des neuen Reiches errichtete. Wenn aber Bismarck der Schöpfer dieses Reiches auf dem Boden der nationalen Einheit gewesen ist, so bleibt die deutsche Gegenwart das Erbe Bismarcks, das vom deutschen Volk als das wertvollste Gut gerade unter den Schwierigkeiten der Gegenwart zu erhalten ist.

Die Reichsgründungsfeier vom 18. Januar ist im deutschen Volke der heutigen Zeit nicht durchweg anerkannt, ja sie wird von manchen Schichten mit Gleichgültigkeit betrachtet, von anderen getadelt und verworfen. Die Verfassungsfeier vom 11. August wird an ihre Stelle gesetzt und soll sie verdrängen. Das ist bis jetzt nicht gelungen und kann nicht gelingen. Ohne vom überparteilichen Standpunkte aus, den wir hier einnehmen, der Verfassungsfeier zu nahe zu treten und sie in den Streit der Meinungen hineinzuzerren, darf doch der Unterschied festgestellt werden, daß der Tag der Reichsgründung 1871 eine Begebenheit in der Geschichte Deutschlands ist, der keine zweite gleichzukommen vermag. Hier schlug die Geburtsstunde des nach vielhundertjährigem Jader endlich geeinten deutschen Volkstums. Andere Völker, namentlich England und Frankreich, hatten ihre Eigenschaft als Nationalstaat vor Jahrhunderten erworben und aus ihr die Quelle der Kraft im Inneren wie nach außen gefunden. Anders Deutschland. Gerade seine hohe kulturelle Entwicklung hatte die Eigenarten seiner Stämme zur Auswirkung gebracht, aber auch Spaltungen herbeigeführt, die unser Verhängnis geworden sind: die Kleinstaaterei, die Trennung in die beiden religiösen Bekenntnisse, die Feindschaft der Einzelländer, die Ohnmacht, schließlich das Fehlen eines Oberhauptes. Urteilte doch Napoleon I., nachdem er durch die Befreiungskriege gestürzt war, über die Deutschen: „Gegen Deutschland habe ich meinen Blick gewendet. Zwietracht brauchte ich nicht zu säen unter den Deutschen, denn die Eingkeit war ihnen ein fremder Begriff von Anfang ihrer Geschichte an.“

Es mag als Schicksalsfügung gewertet werden, daß in dem gleichen Jahre 1815, als Napoleon vom Schauplatz verschwand, Otto v. Bismarck das Licht der Welt erblickte. Sein Lebensgang erreichte damit den entscheidenden Einfluß auf die deutsche Geschichte, als er in den Sturmjahren 1848-49 den Grundgedanken der zu erkämpfenden Einheit und Macht Deutschlands in der Stärkung Preußens erkannte, das ihm berufen schien, bald die Leitung Deutschlands zu übernehmen. Der Scharfsicht König Wilhelms I. stellte in Bismarck 1862 den rechten Mann an die rechte Stelle. Nicht durch parlamenta-

rische Kunstgriffe führte Bismarck seine Politik zum Siege, sondern durch Kraft, verbunden mit Ruhe, gestützt auf das Verständnis für die deutsche Volksseele. Nachdem mit der Schlachtenentscheidung von Königgrätz Oesterreich, ohne gedemütigt zu sein, aus dem deutschen Verband geschieden war, verstand es Bismarck, mit selbstbewußter, dabei vorsichtiger Hand die trennende „Mainlinie“ zwischen Nord u. Süd jähre zu beseitigen. Napoleons III. Torheiten, die Bismarcks Politik in überragender Weise zu nutzen wußte, führten im Jahre 1870 zum Kriege. Mit einem Schlage geeint, zog Alldeutschland aus, um die Herausforderung zu strafen. Ueber den Siegesfeldern auf Frankreichs Boden schwebte noch ein anderes Ziel, das allergrößte dieses Krieges: Der Reiz der deutschen Kaiserkrone, die den künftigen deutschen Nationalstaat verkörperte, war nur im Feuer der Schlachten zu schmieden. Hinter dem deutschen Heere stand, zu gleichem Gefühl verbunden, das deutsche Gesamtvolk. Ihm galt es als Selbstverständlichkeit, daß aus dem Kriege das neue Kaisertum herauszubringen war.

So geschah es, nachdem mancherlei Reibungen nach verschiedenen Seiten hin geglättet worden waren, konnte Kaiser Wilhelm in der Verkündungstunde des neuen Reiches die von Bismarck verfaßte unvergängliche Ansprache verlesen. Die Merk- und Mahnworte für alle Zukunft sind: „Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Feinden zu wehren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Deutschen zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit.“

47 Jahre hat das Reich, wie es in den Grundzügen damals geschaffen worden war, bestanden als das Werk und Erbe Bismarcks. Dann stiegen in den dunklen Novembertagen 1918 andere Zeiten, andere Kräfte, andere Formen herauf. „Seht doch“, höhnt man jetzt hier und dort, „was aus der Tat vom 18. Januar 1871 geworden ist. Sie wurde zerbrochen und sank in die Tiefe. Welche Veranlassung habt Ihr da noch, eine Reichsgründungsfeier zu begehen? Ihr könnt vielleicht trauern, aber dürft nicht feiern. Das Erbe Bismarcks ist vertan!“ Rein, so ist es nicht! Das Erbe Bismarcks lebt auch heute noch trotz der veränderten Umgebung. Drei Lehren hat Bismarck dem deutschen Volke als Leitstern für die bessere Zukunft gegeben: die Wahrung der nationalen Einheit gegenüber allen Zerstörungsversuchen von innen und außen, die Wiedererrichtung der deutschen Wehrkraft als Bedingung für die nationale Wohlfahrt und Würde, die Bedeutung der Persönlichkeit im Gegensatz zur unsfähigen Masse. Das sind die Erbsätze Bismarcks zur Reichsgründungsfeier. Sie ist kein Tag der Trauer, ebenso wenig ein Tag der Festfreude, sondern eine Weisestunde der Einkehr und der Zuversicht.

Die Reichsgründungsfeier des Ruffhäuferbundes



Die Reihe der Ehrengäste auf der imponierenden Reichsgründungsfeier des Ruffhäuferbundes im Berliner Sportpalast. Von links nach rechts: Reichspräsident v. Hindenburg, Generalfeldmarschall v. Mackensen, Außenmini-

ster v. Neurath, der frühere Reichskanzler v. Papen, Kronprinz Wilhelm und Generalmajor v. Ende-vordt. In der zweiten Reihe zwischen den beiden Vorkammanden der Führer des Stahlhelms, Selbte.

Das neue Segelschiff der Reichsmarine

— Berlin, 17. Jan. Ueber die Bauausführung des neuen Segelschiffes der Reichsmarine, die der Schiffswerft von Blohm u. Voß, Hamburg, von der Marineleitung übertragen worden ist, werden jetzt nähere Einzelheiten bekanntgegeben. Das Schiff wird als Dreimastbark mit zwei durchlaufenden Decks, Backs und Hütte nach der höchsten Klasse des Germanischen Lloyd's gebaut. Es erhält alle erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen. Die Abmessungen sind: Länge über alles 73 m, Länge zwischen den Loten 62 m, größte Breite 12 m, größter Tiefgang in vollausgerüstetem Zustand 5 m bei einer Wasserverdrängung von etwa 1500 T. Ein Hilfs-Dieselmotor, Top Man, wird dem Schiff eine Geschwindigkeit von etwa 8 Seemeilen erteilen. Das Schiff erhält Einrichtungen für eine Besatzung von 226 Mann.

Pläne zur Umschuldung der Gemeindefinanzen

Der „Berliner Börsenkurier“ veröffentlicht den Inhalt eines Gesetzentwurfs, der nach Ansicht des Blattes offenbar dem Reichsfinanzministerium als Unterlage für die vorge-

sehene Umschuldung der Gemeindefinanzen dient. Dieser Gesetzentwurf, so heißt es, dürfte über den Weg des preussischen Handelsministeriums zum Reich gelangt sein. Der Entwurf sehe vor, daß die Gebäudeentschuldungsfsteuer durch eine gesetzlich begründete Ablösungsschuld abgelöst werde, die das 4/5fache des Sollbetrages der Hauszinssteuer 1932 ausmacht. Die Ablösungsschuld solle an erster Stelle im Grundbuch (wie die Hauszinssteuer) eingetragen werden und mit 4,5 Proz. verzinslich, mit 6,5 Proz. zu tilgen sein. Gleichzeitig werde eine Ablösungsbank als öffentlich-rechtliche Anstalt von den Länderregierungen gegründet. Auf sie würden die Ablösungsschulden der Hauseigentümer eingetragen. Die Ablösungsbank gebe auf dieser Unterlage 4prozentige, mit 6,5 Prozent amortisierbare Ablösungspfandbriefe heraus. Mit ihrer Hilfe sollten dann die Verpflichtungen umgeschuldet werden, und zwar sollten der Umschuldung unterliegen

1. die zum 31. Dezember 1932 fälligen Mietzinsschulden,
2. alle nicht über den 31. Dezember 1934 hinauslaufenden Kredite.

Das würde bedeuten, daß die Gläubiger der Kommunen Pfandbriefe erhielten, die entweder ebenfalls jährlich zu 6,5 Proz. amortisiert oder in einem entsprechenden Betrage getilgt werden könnten.

Vorläufig keine Aufhebung der Mieter-schutzgesetzgebung

— Berlin, 17. Jan. Der Reichsjustizminister hat auf eine schriftliche Anfrage des Reichstagsabg. Ripinski (Soz.) in einem Schreiben geantwortet, daß eine Aufhebung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes noch nicht in Frage komme. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hänge das Außerkräfttreten dieser beiden Gesetze davon ab, daß bis zum 1. April 1933 ein Gesetz in Kraft trete, das die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestalte. Da nicht anzunehmen sei, daß der Reichstag dieses Gesetz rechtzeitig zustande bringe, blieben die beiden Wohnungsgesetze so lange in Kraft, bis die in der Notverordnung aufgestellte Voraussetzung erfüllt sei.

Lohn und Arbeitszeit

— Genf, 17. Jan. In der allgemeinen Aussprache auf der Genfer Arbeitszeitkonferenz fand besonderes Interesse die Rede des französischen Unternehmervertreters Lam-bert-Nibot. Er ging davon aus, daß die Konferenz über eine Frage verhandle, in der praktisch bisher noch keine Erfahrung bestünde. Die wenigen Erfahrungen, die man mit der Arbeitszeiterhebung gesammelt habe, seien stets von Lohnherabsetzungen begleitet gewesen. Auch er erklärte die Lohnfrage als das Grundproblem in der Debatte. Niemand habe bisher geleugnet, daß die Gestehungskosten durch die Einführung der 40-Stundenwoche erhöht würden. Nur über die Ziffer dieser Erhöhung sei man nicht einer Meinung.

Der technische Berater der deutschen Arbeitnehmerdelegation, Reichstagsabg. Lemmer, trat grundsätzlich für den Entwurf des Internationalen Arbeitsamtes ein, soweit er wirtschaftlich durchführbar sei. Als Vertreter der Angestellten beschäftigte er sich hauptsächlich mit der Frage der Einbeziehung des Büropersonals in das Abkommen. Lemmer wies besonders darauf hin, daß im Falle einer derartigen Einbeziehung eine wirksame Kontrolle der Ueberstunden durchgeführt werden müsse.

Der Zollkonflikt mit Schweden

In dem Abbruch der deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen

wird von unterrichteter Seite ergänzend mitgeteilt, Deutschland habe in den Verhandlungen Schweden einen Meistbegünstigungsvertrag angeboten. Schweden habe jedoch einen Tarifvertrag haben wollen, möglichst den alten, gekündigten Vertrag. Die schwedischen Wünsche seien so weit gegangen, daß eine Einigung nicht zustande gekommen sei. Die Hauptschwierigkeit habe die Frage des Schnittholzes bereitet. Deutschland habe hier vorläufig keine Bindungen eingehen wollen, es habe jedoch in anderer Weise großes Entgegenkommen gezeigt, vor allem bezüglich der Einfuhr von Rindvieh. Schweden habe aber weitergehende Wünsche vor allem bezüglich der Einfuhr von lebenden Fischen und der zollfreien Einfuhr von Pflastersteinen geäußert. Es sieht auf dem Standpunkt, wenn es nicht die alten Vorteile haben könne, so wolle es lieber gar keinen Vertrag haben. Deutschland habe kein weiteres Entgegenkommen zeigen können, da es auch durch die Flutung Schwedens vom Goldstandard schwer betroffen worden sei. Es sei nicht zu erwarten, daß Schweden ein offizielles Meistbegünstigungsabkommen abschließen werde, aber es werde wohl in Zukunft Deutschland die de facto-Meistbegünstigung gewähren, da es kein Interesse am Zollkrieg habe. Aus dem Verlauf der Verhandlungen sei nicht zu entnehmen, daß sich zwischen Schweden und Deutschland ein Zollkonflikt ergeben werde.

Das Aktivsaldo zugunsten Deutschlands habe 1930 190,1 Mill., 1931 231,6 Mill., und 1932 (bis November) 125,7 Mill. Reichsmark betragen.

Politische Kurzmeldungen

Das Deutsche Studentenwerk ist in diesen Tagen in große finanzielle Schwierigkeiten geraten. Der im Etat vorgesehene Reichszuschuß von 500 000 Mk. kann wegen augenblicklicher Kassen-schwierigkeiten nicht ausbezahlt werden. Die Hilfsvereinigungen des Studentenwerks sind infolgedessen ohne Mittel und können ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. — In Gotha wurde in einer Gastwirtschaft ein Lehrgang zur Ausbildung kommunistischer Funktionäre ausgeschrieben. Der Leiter des Lehrgangs, der Landtagsabgeord. J. Bösel, wurde wegen dringenden Verdachts der Vorbereitung des Hochverrats vorläufig festgenommen. — In Polen ist bekanntlich das Abhalten von Kindergottesdiensten in deutscher Sprache verboten. Auf Grund dieses Verbotes wurde jetzt der evangel. Landwirt Ernst Kernchen aus Rengig Kr. Kosten, zu 50 Pfund Geldstrafe oder 3 Tagen Arrest verurteilt, weil er in seinem eigenen Hause (!) mit ein paar Kindern Weihnachtsglieder und Sprüche für eine Weihnachtsfeier eingeübt hatte. — Ein polnischer Marineoffizier und zwei Zivilisten, die der Spionage zugunsten Deutschlands beschuldigt waren, sind in Gdingen zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet worden. — Der französische Generalstabschef bezeichnete vor der Heereskommission des Senates die französische Ostgrenze als undurchdringlich. — Die russische Regierung hat Frankreich Vorschläge für die gegenseitigen Handelsbeziehungen unterbreitet. — In Washington scheint die Ansicht im Wachen zu sein, daß es für Amerika am besten wäre, wenn es die Schuldenfrage mit der Forderung nach dem Goldstandard verbinde. Englands Rückkehr zum Goldstandard bedeutet für Amerika mehr als die ganzen Kriegsschulden und die Vereinigten Staaten sind bereit, hierfür erhebliche Zugeständnisse zu machen. — Der amerikanische Senat nahm mit Zweidrittelmehrheit die Philippinenvorlage an, wodurch das von Hoover bereits im Repräsentantenhaus ohne Erfolg eingelegte Veto endgültig überstimmt worden ist. — Wie aus Manila gemeldet wird, hat der Kongreß der Philippinen die Washingtoner Regierung davon unterrichtet, daß er die Unabhängigkeitsvorlage als in wirtschaftlicher Beziehung ungenügend ablehnen werde.

Die Parteibuch-Beamtenfrage

Der Landtagsausschuß lehnt den Antrag der NSDAP. ab

Der Untersuchungsausschuß des Landtags zur Prüfung der Frage, ob es in Württemberg Parteibuchbeamte gibt, hielt seine letzte Sitzung ab. Berichterstatter Abg. Pfannen-schwarz (NS.) fasste seinen Bericht im wesentlichen in folgenden Antrag zusammen: Der Untersuchungsausschuß beschließt, dem Landtag folgende Feststellungen zu unterbreiten: Der mit der Bearbeitung des Antrags Murr (NS.) beauftragte Untersuchungsausschuß ist nach Abschluß der Untersuchungen zu folgendem Ergebnis gekommen: Es wird festgestellt, daß zur Zeit im unmittelbaren bzw. mittelbaren württembergischen Staatsdienst noch zwei Personen in höheren Beamtenstellungen beschäftigt sind, die die zu diesen Ämtern nach dem Gesetz berufliche Vorbildung nicht besitzen. Es handelt sich hierbei um Albert Pflüger, Oberregierungs-rat beim Wirtschaftsministerium in Stuttgart, und Josef Andre, Präsident der Landesversicherungsanstalt Stuttgart. Die Abg. Dr. Pfannen-schwarz, Waldmann, Friedr. Schmidt (NS.) stellen weiter einen Antrag, in dem es u. a. heißt: Der Landtag mißbilligt die Anstellung des Oberregierungs-rats Pflüger und des Präsidenten Andre als lebenslängliche Staatsbeamte. Der Landtag mißbilligt die unter Außeracht-laffung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgte Anrechnung von Privat-tätigkeit auf das Befoldungsdienstalter bzw. das Versorgungs-dienstalter von vier Personen und ersucht das Staatsministerium, das Befoldungs- und Versorgungs-dienstalter dieser Beamten nach den gesetzlichen Bestimmungen neu festzustellen.

Der Mitberichterstatter Abg. Joh. Fischer (Dem.) kommt in seinem Bericht zu dem Ergebnis, daß in der Ueber-nahme von Personen aus freien Berufen in das Beamten-verhältnis nur nach den bereits in der Vorkriegszeit bestan-denen Grundregeln verfahren wurde. Bei den berufenen Per-sonen handelt es sich durchweg um Personen, die für ihr Amt die erforderliche Befähigung und Vorkenntnisse hatten. Ihre Berufung entsprach auch einem staatspolitischen und öffentlichen Interesse. Der Mitberichterstatter kommt zu fol-genden Feststellungen und Anträgen: Der Untersuchungsausschuß hat in drei Sitzungen die ihm aufgetragene Prü-fung durchgeführt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß nach den Berichten der Personalreferenten bei den ein-zelnen Ministerien im mittelbaren oder unmittelbaren würt-tembergischen Staatsdienst nur zwei Beamte vorhanden sind, die im Sinne des Antrags der Nationalsozialisten zu be-aufstanden wären. Diesen beiden Persönlichkeiten wurde je durch Beschluß des Staatsministeriums die Befreiung von den Vorschriften über die Befähigung zum höheren Verwal-tungsdienst erteilt. Diese Befreiung ist unter Berücksichtigung der damals gegebenen Gesamtlage, sowie im Blick auf die Stellung und Leistung der in Frage stehenden Persönlich-keiten nicht zu beanstanden und hält sich durchaus in dem für solche Ausnahmen gezogenen Rahmen. Ihre Ernennung zu Beamten des höheren Verwaltungsdienstes steht deshalb auch durchaus im Einklang mit den Bestimmungen des würt-tembergischen Beamtenrechtes. Von einer Erschütterung oder gar Gefährdung des Berufsbeamten-tums kann demnach in Württemberg nicht gesprochen werden. Auf Grund dieser Fest-stellungen wird der nationalsozialistische Antrag für erledigt erklärt. — An der Aussprache beteiligten sich sozialdemokra-tische, Zentrums- und deutschnationale Redner. Zuletzt wird von nationalsozialistischer Seite erklärt, daß die National-sozialisten mit der Bestellung politischer Persönlichkeiten als Angestellte einverstanden wären.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters Dr. Pfannen-schwarz (NS.) abgelehnt mit drei Ja (NS.) gegen fünf Nein (Z., Soz., Dem.), eine Enthaltung (Komm.). zwei Stimmverweigerungen (SB.). Der Antrag des Mit-berichterstatters Joh. Fischer (Dem.) wird angenommen mit sieben Ja gegen drei Nein (NS.), bei einer Enthaltung (Komm.) mit Ausnahme zweier Sätze von „Diese Befreiung ist ...“ bis „... mit den Grundregeln des württembergischen Beamtenrechtes“. Diese zwei Sätze werden abgelehnt mit fünf Ja (Z., Soz., Dem.) gegen fünf Nein (NS., SB.) bei einer Stimmverweigerung (Komm.). Mit der Annahme des Antrages Fischer entfällt die Abstimmung über den weiteren Antrag der Nationalsozialisten. Der Vorsitzende, Abg. Keil (Soz.), stellte darauf die Beendigung der Aufgabe des Un-ter-suchungsausschusses fest.

Aus Stadt und Land

Calw, den 18. Januar 1933

Unfall beim Eislauf

Beim Schlittschuhlaufen auf der Stammheimer Eisbahn verunglückte gestern nachmittags eine fleißige Mittelschülerin. Das Mädchen zog sich bei einem unglücklichen Sturz einen Knochenbruch zu und mußte mit dem Sanitätskraftwagen fortgebracht werden.

Holzverkauf in Stammheim

Zu einem am Montag in Stammheim abgehaltenen Holz-verkauf aus dem Staatswald waren zahlreiche Liebhaber von Stammheim, Reutheim und Deckenpfronn erschienen. Zum Verkauf kamen 24 Nm. Buchen-, ca. 200 Nm. Tannen-holz und 33 Flächenlose. Das Buchenholz fand Liebhaber, teils zum Ausgebot, teils ein wenig darüber. Auch das Tannenholz ging bis auf etwas über 20 Nm., teils zum Anschlag, teils etwas darunter, gut ab. Am meisten waren die Flächenlose begehrt. Diese wurde meist über dem An-schlag, in einigen Fällen bis zum dreifachen Ausgebot, ver-kauf.

Bäderleben in alter Zeit

Die umfassenden Verbesserungs- und Verschönerungs-arbeiten, die zur Zeit in Bad Teinach im Gang sind, erhalten ein Gegenstück an den Neuerungen vor 145 Jahren, wor-über eine privilegierte Zeitschrift aus dem Jahr 1788 Inter-essantes berichtet. Darnach sind die beiden Badeorte Teinach und Wildbad, wovon der erste durch seinen vorzüglichen,

feinen, stahlhäftigen Sauerbrunnen, der andere durch ein herrliches warmes Bad berühmt sind und es noch mehr zu werden verdienen, der besonderen Aufmerksamkeit und Sorg-falt des Herzogs Karl Eugen von Württemberg gewürdigt worden.

Das Oberamt Calw, wofin Teinach gehört, hat Befehl er-halten, von Jahr zu Jahr eine Partie einschläfriger Betten neu machen zu lassen, und den Wirten in Teinach immer so viele davon zu überlassen, als nötig sein werden. Nach der Kurzeit werden diese Betten zurückgegeben und verwahrt. Die Wirte erhalten aus den herrschaftlichen Kellern gute Weine zu billigen Preisen, und die Obrigkeit ist angewiesen, dafür zu sorgen, daß diese Weine nicht mit schlechten ver-mischt, noch in allzu hohem Preise angerechnet werden. Es muß in den Gasthöfen Table d'hôte gehalten und für die Anschaffung sowohl als die beste Bereitung der Speisen gesorgt werden. Die Strafen, welche von Teinach aus nach Tübingen, Stuttgart und ins Badische führen, sind verbessert, und zu richtiger Bestellung der Briefe nach Tübingen, Stutt-gart und Pforzheim die nötigen Anstalten getroffen. Damit das Teinacher Sauerwasser nicht, wie bisher oft geschehen ist, durch unzeitige Spar-samkeit der Fuhrleute, welche andere Gegenden damit versorgen wollen, in läßeln Ruf komme, und der Gebrauch desselben gehindert werde, so müssen alle Bou-teillen und Krüge, die gefüllt werden, mit guten und ganzen Pfropfen versehen sein, gut verpicht und mit einem besonde-ren Siegel gesiegelt werden.

Im Wildbad sind mehrere und bequemere Bäder, Kabi-nette und Ankleidezimmer eingerichtet, und die Baderstunden selbst neu und besser verteilt worden. Es wird nämlich, was das letztere betrifft, „partienweise“ des Morgens von 4 bis 6 Uhr, von 7 bis 9 Uhr, von 10 bis 2 Uhr, von 3 bis 5 Uhr und von 6 bis 8 Uhr gebadet. Die Zwischenstunden sind zum Ab-laufen, Reinigen und Wiederanlaufen bestimmt. Der Bad-meister muß es durch eine Glocke anzeigen, wann eine Partie das Bad verläßt und wann eine andere eintritt. Die Spazier-gänge sind vergrößert und verschönert und die schon vorhan-denen Spiele zur Bewegung mit einer Schaukel vermehrt worden. Für die übrige Bequemlichkeit der Badegäste ist hier ebenso gesorgt worden wie in Teinach.

Sie schädigen sich selbst,

wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirt-schaft in Betracht kommen.

Vor Schaden bewahren Sie sich,

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

Winter-Rundreisefahrten

Im Bereiche der Reichsbahndirektion Stuttgart wer-den vom 15. Januar ab besonders für Winter-rundreisen geeignete Rundreisefahrten ausgegeben. Von diesen Rundreisefar-ten, die teilweise auch das badisch-württembergische Schwarzwaldbgebiet berühren, gehen 5 vom Stuttgarter Hbf., vier von Ulm-Hbf. aus. Die den Schwarzwald be-rührende Karte gilt für die Strecken Stuttgart-Böblingen oder Tübingen-Horb; Tübingen-Balingen oder Oberndorf-Notthelf a. N.—Tuttlingen oder Schweningen (Nedar)—Bilingen-Hausach—Freudenstadt Hbf.—Stuttgart Hbf. (397 Kilometer zu 17,40 oder 12 RM.). Der Kilometerpreis ist im allgemeinen auf 8 Rpf. ermäßigt.

„Mulan und Si“

Der schöne, chinesische Missionarfilm „Mulan und Si“, des Bahrajagers Tochter“ (s. Anzeige) findet überall mit vollem Rechte stärkste Beachtung und weist einen sehr guten Besuch auf. Die Vorstellungen finden in den einzelnen Gemeinden — soweit nicht anders bestimmt — je 5 und 8 Uhr statt, wobei immer das ganze Bildwerk gezeigt wird. Wohl heißt der Untertitel des Films „Lebensschicksale einer jungen Chi-nesin“, aber es wird uns ebenso ergreifend das betrübliche Verhalten und Erleben ihres Mannes, des Glücksspielers Li, vor Augen geführt, weshalb bei den weiteren Vorstellungen besonders auch mit Männerbesuch gerechnet wird.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Im Nordosten liegt harter Hochdruck, während sich Dep-ressionsgebiete bei Island, über Spanien und dem Mittel-meer zeigen. Für Donnerstag und Freitag ist mehr bedeck-tes, leicht veränderliches, aber höchstens zu geringeren Nie-der-schlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

*

Magold, 17. Jan. Unter dem Vor-sitz von Bezirksobmann Studienrat Grau fand am Sonntag eine Vorstanderversamm-lung des Bezirkskriegerverbands statt, die aus dreißig Orten des Bezirks besucht war. Nach dem Stand vom 31. Dezem-ber 1931 beträgt die Mitgliederzahl des Bezirkskriegerver-bands Magold 2191 Mitglieder, darunter 255 Schützen, und figuriert er unter den 17 Bezirkskriegerverbänden des Schwarzwaldbereiches an neunter Stelle.

Calw, 17. Jan. Ein Postkassener vom Postamt Altensteig, der eine Geldanweisung von einigen hundert Mark unterschlug und die Postanweisung mit der Unter-schrift des eigentlichen Empfängers unterschrieb, ist wegen Amtsunterschlagung an das Amtsgericht eingeliefert worden.

Schömburg, 17. Jan. Unsere älteste Mitbürgerin, Frau Anna Marie Schröter, geb. Dehlschläger, konnte am letzten Samstag in körperlicher und geistiger Frische das 94. Lebens-jahr vollenden. Das Aussehen der hochbetagten Frau erweckt durchaus den Eindruck, daß es ihr vergönnt ist, bereinz auf den 100. Geburtstag zu feiern.

Pforzheim, 17. Jan. Im Wege des Freiwilligen Arbeits-dienstes wurde die jenseits der Enz gelegene Herrenrid-wiese entwässert. Das etwa 7 Hektar große, sommerlich ge-legene und für Siedlungszwecke erwünschte Areal war von jeher immer naß und sumpfig. Nun wurde das ganze Wiesen-gelände durch Legen von Drainagen entwässert. Die Arbeit, an der 40 junge Leute beteiligt waren, nahm 16 Wochen in Anspruch.

Pforzheim, 17. Jan. Gestern mittag wurde in Mannheim Oberbürgermeister Gündert mit überwältigender Mehrheit als Nachfolger des nach Berlin in den Vorstand des Deut-schen Sparkassen- und Giroverbandes berufenen Präsidenten des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes und Verwal-tungsratsvorsitzenden der Badischen Kommunalen Landes-bank Mannheim gewählt. Pforzheim muß sich nun nach einem anderen Stadtoberhaupt umsehen.

Calw, Pforzheim, 17. Jan. Freudenstadt, 17. Jan. Der 20 Jahre alte Jof. Braun aus Sülz bei Landau, der bei Väder-meister Hintzeiner zur „Brücke“ beschäftigt ist, wollte gestern den Vadosen mit dem Staubsauger reinigen, da gab es in dessen Motor und wahrscheinlich auch am Licht am Vadosen Kurzschluß. Braun stand auf einem Eisenrost, sprang weg, ging aber noch einmal hin, um die Reinigungsarbeit zu voll-enden. Dabei erhielt er den tödlichen Schlag. Zweistündige Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Stuttgart, 17. Jan. Nach einem Erlaß des Kult-ministeriums werden die Vorstände der dem Kultmini-sterium unterstellten Schulen ersucht, zu veranlassen, daß am 18. Januar 1933 in einer dem Alter und der Reife der Schüler angepaßten Weise des Tages der Gründung des Deutschen Reiches gedacht wird.

Stuttgart, 17. Jan. In einem Stuttgarter Hotel verübte am Dienstag nachmittags einer der Mitveranstalter der zurzeit in der Stuttgarter Stadthalle stattfindenden Ringkämpfe, der 44 J. a. Sportveranstalter Brylla aus Breslau Selbstmord. Er stürzte sich aus seinem im zweiten Stock gelegenen Hotelzimmer in den Hof hinunter.

Stuttgart, 17. Jan. Die Arbeiten auf dem Basen sind in den letzten Monaten rasch vorwärts gekommen. Ursprünglich sollte die Kampfbahn erst mit dem Deutschen Turnfest für den sportlichen Betrieb freigegeben werden. Der Stadtverband für Leibesübungen und das Arbeiter-sportkartell wollen jedoch mit einer besonderen sportlichen Veranstaltung die Kampfbahn einweihen. Auch haben die Turner nachgesucht, die Anlage bereits am 2. Juli für eine große Werbeveranstaltung benützen zu dürfen. Am 9. Juli sollen die Süddeutschen Reichstathletikvereine in der neuen Kampfbahn ausgetragen werden.

Canstatt, 17. Jan. Am Sonntag fand hier die In-vestitur von Dekan Noos, bisher Dekan in Calw, als Nachfolger von Dekan Kübler statt. Prälat D. Dr. Holzinger führte Dekan Noos in sein neues Amt ein.

Göppingen, 17. Jan. In Anbetracht der jahrelangen Dauer und des riesigen Ausmaßes der Wirtschaftskrise hat sich der hiesige Industrieverband bereit erklärt, solchen Abi-turienten Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, die nicht studieren wollen. In führenden Kreisen ist man der Ansicht, daß der Weg ins praktische Leben aller Wahrscheinlichkeit nach ausfruchtbarer werden wird, als man heute vermutet, da sich mit der Ueberwindung der Krise die freie Wirtschaft wieder ausweiten wird, während Beamten- und andere aka-demische Berufe noch auf Jahre hinaus nur in beschränktem Umfang aufnahmefähig sein werden.

Elwangen, 17. Jan. In der Landesfürsorgeanstalt Rabenhof erlag der 62 Jahre alte Invalide Noage den 49 Jahre alten Karl Dostreicher während des Nachtessens im Streit mit einem Taschenmesser.

Ulm, 17. Jan. Seit Sonntag, den 15. Jan., wurden drei 7-13jährige Kinder einer Ulmer Arbeiterfamilie namens Jäger vermisst. Die drei Geschwister hatten infolge zerrütteter Familienverhältnisse die Absicht, nach Ravens-burg zu wandern, da dort Verwandte wohnen. Die Kinder sind nunmehr in völlig erschöpftem Zustand in Biberach auf-gegriffen und durch Vermittlung des Jugendamts nach Ulm in eine Kinderbewahranstalt verbracht worden. Das 11jäh-rige Mädchen hatte infolge der Kälte die Zehen an beiden Füßen erfroren.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

Stuttgart, 17. Jan. Im Hinblick auf die Unsicher-heit der innenpolitischen Lage kam es zu Realisationen und Abschwächungen sowohl am Aktien- wie am Rentenmarkt.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagmarkt am städtischen Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 43 Ochsen (unverkauft 7), 53 Bullen, 270 (50) Jungbullen, 244 Kühe, 447 (50) Kinder, 1810 Käl-ber, 2733 (133) Schweine, 6 Schafe.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	17. 1.	12. 1.		17. 1.	12. 1.
	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet . . .	25-28	—	fleischig	11-13	—
vollfleischig . . .	22-24	—	geringgenährte .	8-10	—
fleischig	19-21	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und	33-35	31-34
ausgemästet . . .	22-24	22-24	beste Saughälber		
vollfleischig . . .	20-21	21-22	mittl. Mast- und	26-31	26-30
fleischig	19-20	20-21	gute Saughälber	22-25	23-25
Jungvinder:			geringe Kälber .		
ausgemästet . . .	28-30	—	Schweine:		
vollfleischig . . .	23-26	23-26	über 300 Pfd. . .	37-38	38-39
fleischig	20-22	20-22	240-300 Pfd. . .	37-38	38-40
geringgenährte .	—	—	200-240 Pfd. . .	35-36	36-38
Kühe:			160-200 Pfd. . .	33-35	35-36
ausgemästet . . .	20-24	—	120-160 Pfd. . .	31-33	34-35
vollfleischig . . .	14-18	—	unter 120 Pfd. .	26-30	—

Marktverkauf: Großvieh und Schweine langsam, Ueber-stand, Kälber mäßig.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vertriebskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftst.

Inventur-Verkauf

Bouclé-Teppich
rein Haarfarn, modern gemustert
ca. 260/340 39.-
ca. 190/290 24.50
ca. 165/220

Wolplüsch-Teppich
ca. 300/350 moderne und Persemuster
Serie II 49.-
Serie I

Bouclé-Bett-Umrandung
rein Haarfarn, gestreift
Kleing. gemastert in versch. Farben

Divandeden
mit Fransen, in neuen Dessins

Billige Sonderposten

Schwedenstoffe
indantren, hübsche Streifen

Tischdecken
in verschiedenen Weharten
Serie II 2.95, Serie I

Bettvorlage
Haarfarn, neue Dessins

Bettvorlage
Wolltounay, 50/100 cm, in mehreren Farben

Foucléläufer
rein Haarfarn, gestreift
90 cm brt. 2.20, 66 cm brt.

Einzelne Dekorationen u. Teppiches, Musterstücke
weit unter Preis!

Knopf Pforzheim

Schriftliche und telefonische Bestellungen werden prompt erledigt und die gekauften Waren kostenlos durch unser Auto zugestellt

Städt. Hausfrauen-Berein.
Am Donnerstags, den 19. Jan. 8 Uhr abends findet im Badischen Hof ein Vortrag von Herrn Dr. Lang statt. Thema:

Ansteckende Kinderkrankheiten
Gäfte willk. Eintritt fre!

Verkaufe billigt einen Rahmen-Bettrost samt 3teiliger Rapok-Matratze wenig gebraucht, sowie älteren Bettrost (einzelne)
Ernst Widmaier am Markt 3

Frauen und Männer! Besucht den allseitig gerühmten chinesischen Missionfilm „Nulan, des Wahrsagers Tochter“.
Der Film kommt zunächst noch an folgende Orte:
Mi. 18. Hirsau So. 22. Neuweiler
Do. 19. Altburg No. 23. Oberkollwangen
Fr. 20. Würzbach Di. 24. Reuthheim 5 Uhr
Sa. 21. Aigenbach „ „ B. Teinach 1/2, 8 Uhr
Opfer für die Basler Mission erbeten.

Zwangsversteigerung
Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert, Donnerstag, den 19. ds. Mts., von vorm. 10 Uhr an in Unterreichenbach: 1 Piano „Nebel u. Ledleiter“ noch neu, mit Stuhl, 1 eichener Schreibtisch mit Stuhl, 1 eich. Rollabenschrank, 1 Bücherschrank, 17 Bände „Brochhaus Lexikon“, 1 Radio mit Lautsprecher, 1 Plüschsofa, 1 Plüschsessel, 8 eiserne Bettstellen je mit Schoner u. Matratzen, 1 Grammophon, 1 eichener ovaler Tisch mit Nußbaumplatte, 2 Lederstühle, 1 Waschtisch mit Marmorplatte und Spiegel, 1 Regulator, 1 Sofa, 1 weißer Schrank, 1 Bettlade mit Rost und 2teiliger Matratze, 1 noch neuer Eisschrank, 1 Waschtisch mit Handtuchhalter.
Die Versteigerung findet statt.
Zusammenkunft beim Rathaus. **Gerichtsvollzieherstelle**
Anschließend: 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 1 Glasschrank, 1 eichenes Zimmerbüfett.

Aufruf!

Die aus Anlaß der Niobe-Katastrophe aus allen Berufsständen und Landesteilen eingegangenen Anregungen, eine allgemeine Volksammlung zu veranstalten, um auf diese Weise den Grundstock für ein neues Schulschiff zu schaffen, haben den Flottenbund Deutscher Frauen und den Deutschen Flottenverein veranlaßt, mit amtlicher Genehmigung als „Volkspende Niobe“ eine allgemeine Volksammlung aufzulegen und durch Rundfunk und Tagespresse einen Aufruf zu veröffentlichen in dem es heißt: „Ein neues Schulschiff soll entstehen. Das deutsche Volk selbst will es für sich und seine Marine erschaffen — in einem Opfer, wie die Männer und Jungen der „Niobe“ es verdienen, die ihr Leben im Dienste für Deutschland gaben; in einem Opfer, das der Welt zeigen soll, wie das deutsche Volk seine Toten zu ehren weiß und wie es auch in seiner heutigen Zerrissenheit zusammensteht, wo sein Herz gerührt wird.
Aus allen Teilen des deutschen Volkes kommt täglich neue Anregung zu solcher Volkspende — mit besonderer Stärke von den deutschen Frauen, die schon einmal aus freiwilligen Sammlungen ein Schiff schenkten, den Schoner „Frauenlob“.
Der Flottenbund Deutscher Frauen und der Deutsche Flotten-Verein empfinden es als ihre Pflicht, all diese aus heißem Herzen kommenden Gedanken und Wünsche zu einer kraftvollen Handlung zusammenzufassen und das deutsche Volk zu einer „Volkspende Niobe“ aufzurufen.“
Helfe jeder nach seinen Kräften mit, daß die Spende ein großer Erfolg wird und ein Zeichen dafür, daß die Deutschen auch in Notzeiten noch Opfer zu bringen wissen. Auch die kleinste Gabe zeigt die Zustimmung zu diesem Gedanken und ist herzlich willkommen.
Wer mit einer Gabe zugleich ein wertvolles Andenken an die jungen Helden der „Niobe“ sich beschaffen will, der erwerbe die zugunsten der „Volkspende Niobe“ zur Ausgabe gekommene offizielle Niobe-Gedenkmünze. Jedes Stück bedeutet einen Baustein zum neuen Schulschiff, das der deutschen Jugend „zur guten Lehr und starken Wehr“ geschaffen werden soll.
Der Arbeitsauschuß der „Volkspende Niobe“



5.-Markstück-Größe Entwurf:
Prof. Oskar Stöckler; Prägung: Preuß. Staatsmünze.
In Fünftmarkstückgröße, Silber RM 6.—, Gold RM 100.—
in Zwanzigmarkgröße, Gold RM 25.— einschl. eines Etuis zu beziehen durch die „Volkspende Niobe“, Berlin W 9



Es läßt sich ausgezeichnet plaudern bei einer Tasse gutem Serva-Kaffee
G. Serva, Calw
Fernsprecher 120

Diese Woche billig

Die Eisbahn Stammheim
ist jetzt im Betrieb
Eintrittspreise:
Erwachsene 20 Pf.
Kinder 10 Pf.
Abends elektr. Beleuchtung.
Evang. Erziehungsheim

Concordia Calw
Unser Generalversammlung findet am Donnerstag, den 19. Januar 1933, abends 8 Uhr im Lokal (Saalbau Weiß) statt, wozu die Sänger und Sängerinnen sowie die passiven und Ehrenmitglieder herzlich eingeladen sind. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktliches und vollzähliges Erscheinen.
Der Ausschuß.

Alle Strümpfe
werden von Strümpftechnik sachgemäß haltbar u. billig angefertigt, angehoht sowie Fallmaschen aufgenommen. Vorräte nicht abknüpfen.
Lise Eberhard
Hengstetter Gäßle 14

1 Pfund Pflanzenfett
1 Pfund Hörnle
auf. nur 65 Pf.

Seitliche Büchlinge
Pfd. 20 Pf.
5 Pfd. 98 Pf.

Holländer Vollheringe
10 Stück 38 Pf.
Nur Richter 10 Stück 78 Pf.

Frische Stiche heute eintreffend:
Grüneheringe
Pfd. 15 Pf.
Schellfisch
Kablau
Kablau-Filet

Blumenkohl
schöner weißer Kopf
von 25 Pf. an
... und 5% Rabatt

Pfannkuch

Räumungsverkauf.

Jedermann wartet heute auf Gelegenheitskäufe! Bis Ende des Monats biete ich folgende Artikel äußerst vorteilhaft an:
Flanell-Sporthemden m. Kragen, statt 4.50 M. 3.—
Flanell-Arbeitshemden " " 4.50 M. 3.—
Breeches-(Site, el.)-Hosen " " 10.00 M. 6.—
Loden- und Gummimäntel zu jedem annehmbaren Preis
Bettvorlagen im Preis bis M. 5.— mit 20 % Rabatt
" " " 10.— mit 30 % Rabatt
" " " 20.— mit 40 % Rabatt
Filzhitze, ein Posten, solange Vorrat mit 50 % Rabatt
Beachten Sie bitte meine Räumungsverkaufs-Fenster!

Reichert an der Brück.

Bekanntmachung

Meiner werten Kundschaft die Mitteilung, daß ich meine seitherige Vertretung für Heidelberg niedergelegt und mich im Anschluß an die Firma Otto Maucher, Sigmaringen, selbständig gemacht habe. Ich bitte meine verehrliche Kundschaft sich mit ihren Bestellungen auf meine langjährig geübten Aufzuchtprodukte in
**Prima Futterkalk
Rälber- und Ferkelnähmehl
Lebertran-Emulsion**
nach wie vor an mich wenden zu wollen und möchte bei dieser Gelegenheit extra darauf hinweisen, daß ich nur die besten Qualitäten führe, womit überall die höchsten Erfolge erzielt werden.
Landwirte und Viehhalter laßt euch nicht täuschen durch billigere Angebote minderwertiger Ware.
Fritz Doetting, Futtermittel, Calmbach
Telefon Nr. 487 Amt Wi bad

Kunden werben?

Das Zaubermittel:
einfach, zuverlässig, sparsam:

Die Zeitungsanzeige!

